Tagesblatt für Politik.
Unterhaltung, Geschäftsverkehr.
Börsenbericht. Fremdenliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.50, monatlich für Dresden M. 1.25. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 p. 8-3 Nachmittags bis 12 Uhr. In Neustadt: Dr. Klotzsch, b. nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 6 Silben) 15 Pfg., für Vereins- oder nach Beiliegen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die rechtzeitige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherzahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Hauptverkaufsstelle Nr. 11.

# Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
45 Wilsdruffer Strasse 45
(neben der Dresdner Bank und vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Dresden, 1890.

F. Kaufmann & Sohn.
Grösstes
Musikwerk-, Orchestrion-, Symphonion-, Drehorgel-, Harmonium-Instrumenten- und Saiten-Magazin.
König-Johannstr. und Ostra-Allee 19.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros Posamenten und Knöpfe en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Reichste Auswahl von Corsets bester Qualität in allen Preisen, Façons, Weiten, Farben, Stoffen etc.
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 12.

Wilh. Böhme, Scheffelstr. 6,
hält sein grösstes Lager der besten
Uniform-, Livrée-, Wagen- u. Billard-Tuche
in nur echten Farben angelegentlichst empfohlen.

I. und grösste Masken- und Theatergarderobe Max Jacobi, Galeriestrasse 2, part. und I. Et.
Telephon 389. Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. Telephon 389.

**Nr. 57. Spiegel:** Reichstagsstichwahlen. Die Freisinnigen. Landtagsverhandlungen. Pirnaer Reichstagswahl. Techniker im Staatsdienst. Gotteskasten. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Conservatorium (Prüfungsconcert). | **Mittwoch, 26. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

**Ruhiges Blut und klaren Kopf!** Das gilt für alle Lagen des Lebens und erst recht, wenn Einen ein Unglück betroffen. Gerade nach der schweren Niederlage, die uns die Wahlen gebracht, bewahre man die Besonnenheit. Die Furcht ist stets ein schlechter Rathgeber, hat neulich Herr Liebknecht ausgerufen und darin hat er vollständig Recht. Die Lage ist ernst genug, aber zum Verzweifeln ist kein Grund. Thun nur die Anhänger staatserhaltender Grundsätze bei den Stichwahlen ihre Schuldigkeit, so kann noch viel Schlimmes verhütet und Manches, was bei den Hauptwahlen verpudelt worden ist, wieder eingeholt werden. Hierzu gehört vor Allem der Entschluß: zu wollen. Ohne Entschlossenheit kein Muth, ohne Muth kein Sieg! Nicht den Kopf verloren, nicht die Flinte in's Korn geworfen! Bei der Mehrzahl der sächsischen Stichwahlen sind die Kandidaten der Konservativen und der Liberalen vor ihren bald sozialdemokratischen, bald freisinnigen Gegnern um mehrere Tausend im Vorsprunge gewesen; diesen Vorsprung heißt es nicht blos behalten, sondern auch steigern. Das Beste, was dabei zu thun ist, müssen unsere politischen Freunde selbst leisten. Selbst ist der Mann! Unsere Gegner verdoppeln ihre Anstrengungen; Durchstechereien zwischen den einzelnen Wahlkreisen behufs gegenseitiger Unterstützung sind im Gange. Dem gegenüber müssen unsere politischen Freunde vor Allem ihre eigenen Truppen bis auf den letzten Mann an die Urne führen. Vielerlei Anzeichen lassen ferner darauf schließen, daß die freisinnigen Wähler dem Befehle der Berliner Leitung, sozialdemokratisch zu stimmen, den Gehorsam verweigern werden. Die Gefährlichkeit dieses Thuns leuchtet denn doch mehr Freisinnigen in Stadt und Land ein, als Herrn Eugen Richter lieb ist. Es ist eine gute, eine gerechte Sache, für die bei den Stichwahlen die Männer von konservativen und liberalen Grundsätzen in den Kampf ziehen: die Sicherheit des Vaterlandes nach Außen, Ordnung und Ruhe im Innern, Mehrung des Volkswohlstandes. Vergegenwärtige man sich nur Eines: auf die wirthschaftliche Entwicklung und das ganze Erwerbsleben muß es einen fühlbaren Einfluß ausüben, wenn diejenige Richtung, welche mit der ganzen heutigen Gesellschaftsordnung je eher je lieber aufräumen will, im künftigen Reichstage ausschlaggebende Bedeutung gewinnt. Wo soll dann der Unternehmungsgeist noch herkommen? Gerade die Arbeiter würden am schwersten darunter zu leiden haben, wenn das Vertrauen der Geschäftswelt in den ungestörten Gang des Erwerbslebens eine Schwächung erführe! Mögen die bürgerlichen Parteien daher sich der Größe des Einsatzes, der bei den Stichwahlen auf dem Spiele steht, bewußt sein. Vertraue man der Gerechtigkeit seiner guten Sache und thue bei den Stichwahlen seine Schuldigkeit!

Den Wahlausfall nehmen wir hin als eine beherzigenswerthe Lehre für die mancherlei Versäumnisse in der bisherigen Politik. Es wird nach den Stichwahlen Zeit sein, auf die begangenen Fehler zurückzukommen, um richtigere Wege einzuschlagen. Aber nicht bei allen unseren politischen Gesinnungsgenossen ist diese Erkenntniß durchgebrochen; in Berlin verharrt man auf der alten fehlerhaften Politik der Uneinigkeit. Ein Theil der Berliner Konservativen will sich der Wahl ganz enthalten, um nicht für einen Freisinnigen stimmen zu müssen; ein anderer hat den rühmlicheren Entschluß gefaßt, wenigstens für die Wahl Virchows einzutreten, um so dem polnischen Buchbinder Janiszewski nicht den Weg in den Reichstag zu erschließen. Letzterer ist von den Sozialdemokraten lediglich deshalb aufgestellt worden, weil er infolge des Sozialistengesetzes mehrfache Freiheitsstrafen erlitten hat. Ob die Nachricht, daß dieses Gesetz nicht wieder erneuert werden soll, zutrifft, ist uns unbekannt. Das Schaffen von Märtyrern ist unbestritten eine der übelsten Folgen dieses Gesetzes gewesen.

Auch in den Lagern des Freisinns und der Sozialdemokratie herrschen verschiedene Meinungen darüber, wie sich die Parteigenossen bei den Stichwahlen zu verhalten haben. Gegen den Eugen Richter'schen Befehl, für die Sozialdemokratie zu stimmen, bäumt sich mannhaft unter der Führung Prof. Hänels die freisinnige Partei in Schleswig-Holstein auf; auch in Breslau haben die Freisinnigen beschlossen, gegen den Sozialdemokraten und für den Konservativen zu stimmen. Von den Breslauer Sozialdemokraten selbst geht die Losung aus: „Keine Stimme dem Freisinn, keine dem anderen Gegner." „Die Sozialdemokraten sollen den traurigen Deutschfreisinn seinem Schicksal überlassen. Diese Mahnung, unter keinen Umständen für einen deutschfreisinnigen Kandidaten zu stimmen, findet gewiß auch außerhalb Breslaus bei Tausenden von Sozialdemokraten Gehör. Bereits haben die Sozialdemokraten in Spandau beschlossen, sich bei der Stichwahl zwischen einem Conservativen und einem Freisinnigen der Abstimmung zu enthalten. Sie entspricht in dem einen in St. Gallen gefaßten Partei-Beschlusse der Sozialdemokratie, welcher Stimmenenthaltung forderte, wo kein Sozialdemokrat zur Wahl steht. Anderer Meinung ist freilich jetzt die Parteileitung der Sozialdemokratie; sie gestattet ihren Genossen, auch für Anhänger anderer Parteien zu stimmen, nur dürften dieselben nicht für Ausnahmegesetze, Verschärfung des Strafgesetzbuchs und für Verkümmerung des allgemeinen Wahlrechts sein. Nun denn, schon heute steht es so, daß für ein Ausnahmegesetz, daß die Spitzelwirthschaft groß gezogen, im künftigen Reichstage keine Mehrheit zu finden sein wird. Was aber das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht anlangt, so kann jeder konservative und liberale Kandidat guten Gewissens die Erklärung abgeben, daß er dasselbe als den unantastbaren Grundstein der Volksrechte ansieht.

Den deutschen Freisinn aber beschleicht die bange Sorge des Was nun? Was wird geschehen, wenn mit Hilfe freisinniger Wähler die Sozialdemokratie in namhaft verstärkter Anzahl in den Reichstag einzieht? Eine bestimmte Antwort weiß der Freisinn darauf nicht zu geben; es ist Herrn Richter offenbar selbst ziemlich schwül um's Herz, wenn er sich die Folgen seines Thuns nach allen Richtungen und dieser im Besondern überlegt. Man sehe nur, wie die Franzosen in Wonne schwimmen über die Wahl so vieler Sozialdemokraten! Die wirklich staatserhaltenden Parteien können darüber mit weit mehr Seelenruhe urtheilen. Zunächst haben sie das gute Gewissen, die Sache der Sozialdemokratie bei den Wahlen nicht gefördert zu haben. Sodann sind sie entschlossen, die Förderung des Volkswohles kräftig in die Hand zu nehmen. Der Abg. Hultzsch hat nach Verkündigung seines Wahlsieges dies in schöne Worte gekleidet: „Nicht über die Köpfe unserer Gegner soll der Marsch führen, sondern wir wollen sie durch Gutthaten zu uns herüberziehen, damit später dort, wo jetzt unsere Gegner sind, starke Stützen der Staatsverfassung gefunden werden!" So sei es! Es ist dies die schönste Aufgabe der „bürgerlichen Parteien". Wir gebrauchen dieses sich auch in dem neuesten Liebknecht'schen Parteibefehle findenden Ausdruck nur Mangels einer treffenderen Bezeichnung. Der Ausdruck soll nicht einen Gegensatz zwischen Bürgerthum und Arbeiterstand bedeuten; auch die Arbeiter sind Bürger und Staatsbürger so gut wie andere. Ihre gesetzliche Gleichberechtigung hat neulich der Kaiser ausdrücklich anerkannt. Unter dem Ausdrucke „bürgerliche Parteien" sind einzig die nicht-sozialdemokratischen zu verstehen. Daß aber die Sozialdemokraten und ihr deutschfreisinniges Anhängsel im künftigen Reichstage nicht eine ausschlaggebende Bedeutung erlangen, erscheint als Pflicht der Selbsterhaltung. Darum kann es für einen Wähler, der es mit dem Volke wohlwill, am Tage der Stichwahl nur heißen: weder einen Deutschfreisinnigen noch einen Sozialdemokraten!

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 25. Februar.

**Berlin.** Der Kaiser hielt heute die Schlußbesichtigung des Offiziers-Cursus der Militär-Turnanstalt ab. Nach der Besichtigung richtete er eine Ansprache an die Versammelten, in welcher er seine Zufriedenheit mit dem Gesehenen aussprach. Er lege dem Turnen und besonders dem Fechten, Florett- und Hiebfechten, sowie Bajonettfechten hohen Werth bei und halte vor Allem dafür, daß das eigene Beispiel des Vorgesetzten viel dazu beitrage, den turnerischen Geist in der Armee zu heben. Daher müsse vor Allem der Offizier eifrig bemüht sein, selbst ein guter Turner und eifriger Fechter zu sein. In dieser Hinsicht müsse noch mehr geschehen. Er werde Sorge tragen, daß sowohl in den Kadettenhäusern, wie in den Kriegsschulen diesem Dienstbetrieb erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werde. Später nahm der Kaiser einen längeren Vortrag des Fürsten Bismarck entgegen. — Der Kaiser soll beim Empfange des schweizerischen Gesandten Oberst Roth wiederholt seine Befriedigung über das Entgegenkommen der Schweiz in Sachen der Arbeiterkonferenz ausgedrückt haben. — Die Verhandlungen der Berliner Arbeiterschutz-Konferenz werden, wie verlautet, von dem neuen Handelsminister Frhrn. v. Berlepsch geleitet werden. Die Verhandlungen werden in französischer Sprache geführt.

**Berlin.** Der Kaiser hat jetzt die endgiltigen Befehle wegen der diesjährigen Manöver erlassen. Die Kaisermanöver finden zwischen dem 5. und 6. Armeekorps in der Umgebung von Liegnitz, wo das Kaiserl. Hauptquartier sein wird, statt. Ferner wird der Kaiser den Manövern zwischen dem 9. Armee-Korps und der Flotte beiwohnen.

**Clairvaux.** Der Prinz von Orleans ist heute früh hier eingetroffen und in das Gefängniß aufgenommen worden. Er wird den für politische Gefangene giltigen Hausregeln unterworfen.

**Bern.** In einer amtlichen Note macht der Bundesrath bekannt, daß er den ihm seitens der deutschen Regierung geäußerten und auch von anderen Regierungen gehegten Wünsche Rechnung getragen habe und ein für allemal darauf verzichte, seiner Initiative auf Einberufung einer Arbeiterschutzkonferenz zum 5. Mal ds. J. weitere Folge zu geben.

**Brüssel.** Die belgische Regierung hat heute auf die Einladung zur Theilnahme an der Berliner Arbeiterschutzkonferenz geantwortet. Dieselbe nimmt die Einladung an.

**London.** Hier eingegangenen Nachrichten aus Sansibar zufolge hat Emin Pascha laut seiner eigenen Erklärung den ihm von der egyptischen Regierung angebotenen Posten eines Gouverneurs des östlichen Sudan mit dem Sitz in Suakim abgelehnt. Er werde so bald als möglich nach Wadelai zurückkehren und stehe wegen der Ausrüstung einer Expedition mit der deutschen Regierung in Unterhandlung, unter deren Schutze er sich und seine Provinz stellen werde.

**London.** Die Königin Viktoria wird auf ihrer Reise nach Aix le bains Paris nicht berühren. Damit fällt das Gerücht von einer Zusammenkunft der Königin mit dem Präsidenten Carnot.

**Lissabon.** Dom Pedro soll beschlossen haben, in einer Kundgebung an die Brasilianer formell auf den brasilianischen Thron zu verzichten und dann die jetzige Regierung zu ersuchen, ihm die Rückkehr nach Rio de Janeiro zu gestatten, wo er seine Tage beschließen wolle.

**Sophia.** Die Regierung hat die von Rußland geforderten 3,600,000 Rubel ausgezahlt.

**Newyork.** Das Repräsentantenhaus des Kongresses hat beschlossen, daß die für 1892 in den Vereinigten Staaten geplante Weltausstellung in Chicago stattfinden soll. Der Beschluß bedarf noch der Bestätigung durch den Bundesrath.

**New-York.** Nach weiteren Nachrichten über die Katastrophe von Arizona ist eine ungeheure Wassermenge am Sonnabend im Hassayampa-Fluß heruntergetrieben, in welcher 34 am Damm beschäftigte Arbeiter den Tod fanden. Hingegen den ersten Meldungen ist die Stadt Wickenburg erhalten geblieben. Der Verlust an Menschenleben zwischen Wickenburg und dem Damm dürfte die Zahl 40 nicht übersteigen.

Die **Berliner Börse** verlief wieder in matter Haltung. Es lagen bedeutende Verkaufs-Ordres vor, auch war von umfangreichen Exekutionen sowie Kassaverkäufen solcher Firmen die Rede, denen eine Prolongation auf nächsten Monat nicht gelingt. Banken verloren durchschnittlich 2 Proz., Dresdner Bank war sehr stark angeboten, deutsche Bahnen schwächer. Auch in Bergwerken traten die Angebote drängend hervor und die Kourse gingen prozentweise zurück. Fremde Renten niedriger. Im Kassaverkehr Banken matt, Eisenbahnen schwächer. Bergwerke stark angeboten, ebenso andere Industriepapiere. Sonstig 1¾ Proz. niedriger. Deutsche Fonds und österreichische Prioritäten schwach. Privatdiskont 3¾ Proz. Nachbörse still. — Wetter: Meist bedeckt, West-Nord-West, Temperatur unverändert.

**Frankfurt a. M.** (Abendbs.) Credit 271,00. Staatsb. 187,30. Lomb. 114,40. Galizier —,—. Gotthardbahn 91,90. 4proz. Ung. Gold. 89,80. Disconto 228,80. Dresdner B. 165,50. Laura 155,10. Gelsenk. —,—. Matt.

**Wien** (Abendbs.) Credit 318,25. Staatsbahn 219,80. Lombarden 135,00. Nordwest 203,25. Marknoten 58,25. Ung. Credit 350,75. Befestigt.

**Paris.** (Schluß.) Rente 88,12. Anleihe 105,37. Italiener 93,42. Staatsbahn 468,75. Lombarden 345,00. ägy. Prioritäten —. Spanier 72¾. Egypter 476,87. Lucmaoren 135,00. Suezcanal 627,00. Träge.

**Paris.** Produkten (Schluß.) Weizen per Februar 24,40, per Mai-August 24,10 ruhig. Roggen per Februar 15,10, per Mai-August 18,00, behauptet. Rüböl per September-Dezember 72,25.

**Amsterdam.** Produkten (Schluß). Weizen per März 197, per Mai 200. Roggen per März 143, per Mai 144.

## Oertliches und Sächsisches.

— **Landtag.** Die **zweite Kammer** nahm gestern einen großen Theil des Etats für das Departement des Innern in Schlußberathung, und zwar die Postulate betr. das Ministerium, die Kreishauptmannschaften, Amtshauptmannschaften, gewerbliche Zwecke und Anstalten (Kunstakademie und Kunstgewerbeschule in Leipzig, Kunstgewerbeschule in Dresden, technische Staatslehranstalten zu Chemnitz, Baugewerkenschulen, gewerbliche und landwirthschaftliche Schulen 2c.), das Landstallamt Moritzburg, naturwissenschaftliche Zwecke und Anstalten, die technische Aufsicht über Fabriken, Berichtigung von Wasserläufen, die Ober-Aufsichtskommission und das Staatsbauamt, die technische Deputation, Wege-, Wasser- und Uferbau-Unterstützungen an Gemeinden und endlich die Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Den Bericht für die Finanzdeputation A erstattet der Abg. v. Oehlschlägel. Die Deputation beantragt die Bewilligung sämmtlicher Postulate nach der Regierungsvorlage. Die Debatte eröffnet Abg. Stolle-Gefau, welcher bei Kap. 42 (Ministerium) Beschwerde über das Verbot des allgemeinen deutschen Tabakarbeiter-Vereins erhebt. Dieser Verein verfolge neben der gegenseitigen Unterstützung in Krankheitsfällen, bei Todesfällen u. s. w. auch die Aufgabe, die Mißlichkeiten des Gewerbelebens weniger fühlbar zu machen. Er begreife nicht, wie man gegenüber so gewissenhaften Bestrebungen mit Auflösung des Vereins habe vorgehen können. Der Kaiser selbst habe in seinem Erlasse von dem Vorhandensein schrankenloser Ausbeutung der Arbeitskraft gesprochen und unter diesen Umständen müsse es erst recht Wunder nehmen, wenn man einen Verein etwa hindern will, in dieser Hinsicht seine Standesinteressen zu wahren. Thatsächlich aber erfolgte die Auflösung, weil der Verein angeblich ein Mittelpunkt der sozialdemokratischen Bewegung sein sollte. Und wenn dies der Fall wäre, seien vielleicht deshalb die Arbeiter weniger berechtigt, eine Besserung ihrer Verhältnisse anzustreben? Er sei erstaunt, daß das Ministerium als oberste Instanz das Verbot bestätigen konnte. Wohin soll es führen, wenn der Arbeiter innerhalb eines Vereins nicht mehr seinen Standpunkt aussprechen und der schrankenlosen Ausbeutung entgegentreten darf. Sind denn wir Sozialdemokraten nicht gleichfalls Staatsbürger in Sachen (Heiterkeit)? Halb Sachsen gehöre der sozialdemokratischen Partei an, das hätten die letzten Reichstagswahlen bewiesen. Abg. Opitz erkennt es für vollkommen richtig an, daß der Arbeiter dasselbe Coalitionsrecht genieße, wie jeder andere Staatsbürger. Aber warum der Staat nicht in der Lage gewesen ist, diesen Wünschen Rechnung zu tragen, das liege darin, weil jene Herren (auf der äußersten Linken) fortwährend gegen die bestehende Gesellschaftsordnung agitiren, sodaß der Staat sich außer Lage sieht, den Wünschen voll Rechnung zu tragen. Wenn auf englische Verhältnisse Bezug genommen würde, so stehe der englische Arbeiter ganz im Gegensatz zum deutschen Arbeiter. In England konnte bei dem Grundsatze des unzertrennlichen Wohles der Unternehmer und Arbeiter die Regierung wohlwollender den Vereinen der Arbeiter gegenüberstehen. Bei uns aber liegt es auf der Hand, daß man da nicht volle Freiheit gewähren kann, wo man bemüht ist, die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter immer mehr zu erweitern und gegen alles das anzukämpfen, was uns heilig ist. Schuld an Allem seien die, die sich beklagen, daß sie das Vereinsrecht nicht voll ausüben können. Klären Sie, führt Redner zu den Sozialdemokraten gewendet fort die Massen auf, daß Sie nicht mehr auf dem Boden des Umsturzes die soziale Frage lösen wollen und Sie werden sofort freies Vereinsrecht haben. Solange Sie nicht den Massen verkünden, daß Wohl der Arbeiter nur auf Grund der Ordnung zu lösen, solange kann von einer freieren Betätigung des Wahlrechtes nicht die Rede sein (Bravo!). Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz begegnet dem Abg. Stolle in dessen Auffassung über die verantwortliche Stellung des Ministers. Rechtlich besteht für den Minister nur die Verpflichtung, darüber zu wachen, daß die Gesetze richtig ausgeführt werden und dies sei geschehen. Stolle habe selbst auf Bestimmungen Bezug genommen, welche die Abweisung der Beschwerden rechtfertige und dieser könne daher nicht behaupten, daß ungesetzlich vorgegangen worden sei. Wenn das Vereinsgesetz strenger gehandhabt worden sei, so seien nur die Sozialdemokraten schuld, und wenn diese fortfahren zu hetzen, so werde man dahin kommen müssen, noch weitere bürgerliche Rechte zu beschränken (Hört, hört! links). Die Vorgänge bei den letzten Wahlen haben gezeigt, daß die sozialistischen Agitatoren die Köpfe derart erhitzt haben, daß die öffentliche Sicherheit erheblich gefährdet ist (Bravo! rechts). Abg. Stolle (leise und auf der Tribüne unverständlich) hebt u. A. hervor, daß unter den gegebenen Verhältnissen von Staatsbürgerrechten kaum die Rede sein könne und knüpft an eine Aeußerung des Abg. Opitz an, daß die Sozialdemokraten nur die Ehe und die Familie zerstören. Warum sind wir Sozialdemokraten aber gegen die Ehe? Weil wir eine Ehe der Liebe, des Herzens und Gemüthes haben wollen (Heiterkeit rechts). Präsident Dr. Haberkorn erinnert den Redner zweimal, das Kapitel der Ehe als nicht zur Sache gehörend abzubrechen. Abg. Stolle geht sodann zu dem kaiserlichen Erlasse über. Derselbe lehre, daß noch eine schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskräfte existire und auch die ganzen Bestrebungen der Sozialdemokratie seien dagegen gerichtet. Abg. Fritzsche bestreitet, daß eine willkürliche Ausnutzung der Arbeiter durch die Arbeitgeber bestehe. Wenn im kaiserlichen Erlasse von einer Ausbeutung der Arbeitskräfte die Rede ist, so bezieht sich dies jedenfalls nicht auf die Allgemeinheit. Er (Redner) protestire Namens des Gewerbes und der Industrie, daß eine Ausbeutung des Arbeiters in dem Sinne bestehe, wie es der Abg. Stolle darlegt. Abg. Geyer sucht den Abg. Opitz in der Anschauung zu widerlegen, daß an der jetzigen Handhabung des Vereinsgesetzes die Sozialdemokratie Schuld trüge. Man habe den Tabakarbeiterverein lediglich deshalb unterdrückt, weil dessen Mitglieder Sozialisten waren, man habe aber nicht nachzuweisen vermocht, daß der Verein sozialdemokratische Zwecke verfolge. Der Herr Minister sei für die Maßnahmen der ihm unterstehenden Behörden wohl verantwortlich. Die Aeußerungen

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Baugnerstr. 41/42).
Butter täglich 3 Mal frisch.